

Information der Steuerberaterkammer Köln zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Steuerberaterkammer Köln (StBK Köln) verarbeitet personenbezogene Daten, die entweder von der betroffenen Person zur Verfügung gestellt oder auch von Dritten, z. B. anderen Behörden, mitgeteilt werden. Die nachfolgenden Informationen dienen der Erfüllung der Informationspflichten der StBK Köln, die sich aus Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit den Einschränkungen nach § 11 DSG NRW gegenüber den Personen ergeben, deren Daten erhoben werden.

1) Identität des Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung durch:

Steuerberaterkammer Köln, K. d. ö. R,
vertreten durch den Präsidenten

Anschrift: Gereonstr. 34 - 36, 50670 Köln
E-Mail: mail@stbk-koeln.de
Telefon: 0221 336 43-0
Telefax: 0221 336 43-43.

2) Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte der StBK Köln ist unter der vorstehenden Anschrift und per E- Mail unter datenschutz@stbk-koeln.de erreichbar.

3) Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage

Die StBK Köln ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und verarbeitet personenbezogene Daten in erster Linie, um ihre gesetzlichen Aufgaben nach den Bestimmungen des Steuerberatungsgesetzes (StBerG) und der Durchführungsverordnung dazu (DVStB) zu erfüllen (§§ 11, 76 StBerG, § 9 DSG NRW und Art. 6 Abs. 1e) DSGVO). Darüber hinaus werden personenbezogene Daten zur Erfüllung sonstiger rechtlicher Verpflichtungen verarbeitet, die sich aus Gesetz, Verordnung, Satzung und Ordnungen der StBK Köln ergeben (§ 9 DSG NRW und Art. 6 Abs. 1c) DSGVO).

Dementsprechend lassen sich unter anderem folgende Verarbeitungszwecke für personenbezogene Daten unterscheiden:

- Ausübung der beruflichen Selbstverwaltung im Hinblick auf die Mitglieder der Steuerberaterkammer Köln
 - Angelegenheiten der Bestellung als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter oder landwirtschaftliche Buchstelle (§§ 40 - 48 StBerG sowie §§ 34 - 38 und 42 - 44 DVStB)
 - Angelegenheiten der Anerkennung von Steuerberatungsgesellschaften (§§ 49 - 55 StBerG sowie §§ 40 - 41 DVStB)
 - Angelegenheiten des Berufsregisters (§ 76 Abs. 5 StBerG und §§ 45 - 50 DVStB)

- Angelegenheiten der Berufsaufsicht und Vermittlungsverfahren (§§ 76 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1, 2, 3, 4, §§ 57, 81 StBerG)
- Angelegenheiten der Selbstorganisation sowie der Repräsentation und Interessenvertretung der Kammer, jeweils insbesondere unter Beteiligung von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern (§ 76 Abs. 1 StBerG)
- Beitragsangelegenheiten (§ 79 StBerG, § 23 der Satzung der StBK Köln, Beitragsordnung sowie Richtlinien für die Gewährung von Beitragsstundungen und –ermäßigungen der StBK Köln)
- Ausbildung und Fortbildung im Bereich der Steuerberatung (§ 76 Abs. 2 Nr. 8 StBerG)
 - Beratung von an der Ausbildung / Umschulung / Fortbildungsprüfung beteiligten oder interessierten Personen
 - Ausbildung / Umschulung (§§ 71 Abs. 5, 76, 62 BBiG)
 - Zulassung und Überwachung
 - Durchführung von ausbildungsbegleitenden Maßnahmen
 - Organisation und Abwicklung der Zwischen- und Abschlussprüfungen einschließlich Absolventenfeiern
 - Durchführung des sich an die Ausbildung / Umschulung anschließenden Förderprogramms „Begabtenförderung berufliche Bildung“
 - Fortbildungsprüfungen (§§ 71 Abs. 5, 56ff BBiG)
 - Zulassung zu Fortbildungsprüfungen
 - Organisation und Abwicklung der Fortbildungsprüfungen einschließlich Absolventenfeiern
 - Fortbildungsveranstaltungen für Mitglieder und deren Mitarbeiter
- Angelegenheiten bei Verstößen gegen das Verbot der unbefugten Hilfeleistung in Steuersachen (§§ 76 Abs. 11, 160 StBerG)
- Sonstige Aufgaben nach § 76 StBerG
- Aufsicht nach dem Geldwäschegesetz über die Umsetzung der Geldwäscheprävention durch die Mitglieder der StBK Köln (§§ 50 - 55 GwG)

Die Verarbeitung kann auch aufgrund einer erteilten Einwilligung stattfinden (Art 6 Abs. 1a) oder 9 Abs. 2 a) DSGVO), die jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber dem Präsidenten der StBK Köln (mail@stbk-koeln.de) widerrufen werden kann.

Die Verarbeitung kann sich auch aus der Wahrung eigener berechtigter Interessen der StBK Köln ergeben. Als berechtigtes Verarbeitungsinteresse kommen insbesondere die Geltendmachung rechtlicher Ansprüche (z. B. Zahlungsansprüche aus entgeltlichen Veranstaltungen), die Abwehr von Schadensersatzansprüchen und die Verhinderung von Straftaten in Betracht (Art. 6 Abs. 1f) DSGVO).

4) Erhebung der Daten bei der betroffenen Person und bei Dritten

Die StBK Köln erhebt die personenbezogenen Daten überwiegend bei der Person, die die Daten zu dem betreffenden Verarbeitungszweck zur Verfügung stellt.

- Wenn ein Mitglied oder eine sonstige Person die benötigten Daten trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht zur Verfügung stellt, kann die StBK Köln unter Umständen ihren gesetzlichen und satzungsrechtlichen Pflichten gegenüber dem Mitglied oder der betroffenen Person oder einer anderen Person nicht nachkommen.
- Die StBK Köln hat gegenüber dem betroffenen Mitglied gegebenenfalls berufsrechtliche Maßnahmen oder gegenüber der betroffenen Person sonstige Aufsichtsmaßnahmen (zum Beispiel nach dem GwG) zu ergreifen.

- Außerdem kann das Mitglied oder die betroffene Person unter Umständen die Leistungen der StBK Köln nicht in vollem Umfang in Anspruch nehmen.

Zur Erfüllung ihrer gesetzlichen und satzungsrechtlichen Pflichten kann es erforderlich sein, dass die StBK Köln gemäß § 11 StBerG, § 7 DSGVO NRW und Art. 14 DSGVO personenbezogene Daten bei Dritten erhebt, z. B. Gerichten, Behörden, Berufsangehörigen oder Mitarbeitern der Kanzlei des betroffenen Mitglieds beziehungsweise des Betriebs der betroffenen Person.

Weiterhin erhebt die StBK Köln bei Bedarf personenbezogene Mitgliederdaten sowie Daten der betroffenen Person auch aus öffentlich zugänglichen Quellen, z. B. aus Registern oder aus dem Internet.

5) Empfänger der personenbezogenen Daten

Eine Übermittlung der von der StBK Köln erhobenen personenbezogenen Daten an Dritte findet nur im Rahmen der vorgenannten Verarbeitungszwecke statt (insbesondere gem. §§ 5, 10, 67 Abs. 4, 86b Abs. 1 Satz 3 StBerG, § 45 Abs. 3 DVStB i. V. m. § 8 DSGVO NRW sowie an Mitglieder des Prüfungsausschusses, zuständiges Berufskolleg, andere Steuerberaterkammer, Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung). Beschwerden im Vermittlungs- und Berufsaufsichtsverfahren werden zur Durchführung der Verfahren an die betroffenen Personen zur Stellungnahme weitergeleitet.

Zur Umsetzung ihrer Verarbeitungszwecke schaltet die StBK Köln bei Bedarf Auftragsverarbeiter ein (z. B. ein Rechenzentrum, Druckereien). Die Auftragsverarbeiter der StBK Köln werden vertraglich zur Einhaltung sowohl der Verschwiegenheit als auch der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet.

Darüber hinaus werden personenbezogene Daten gemäß Art. 6 Abs. 1a) DSGVO nur aufgrund ausdrücklich erklärter Einwilligung des Mitglieds oder der betroffenen Person an Dritte übermittelt.

6) Dauer der Speicherung

Grundsätzlich werden personenbezogene Daten nur so lange gespeichert, wie dies der jeweilige Zweck der Verarbeitung erfordert.

Gesetzliche Löschfristen (z. B. § 152 StBerG) und Verpflichtungen gemäß § 10 DSGVO NRW zum Anbieten der Daten an ein öffentliches Archiv werden vorrangig beachtet.

Ferner wird auf die Ersetzung der Löschung durch eine Einschränkung der Verarbeitung gemäß § 10 Abs. 2 DSGVO NRW hingewiesen.

7) Rechte der betroffenen Person im Hinblick auf personenbezogene Daten

Nach Maßgabe von Art. 15 DSGVO sowie der darauf nach § 12 DSGVO NRW anzuwendenden Beschränkungen haben betroffene Personen das Recht, auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten einschließlich eventueller Empfänger, des Verarbeitungszwecks sowie der vorgesehenen Speicherdauer zu erhalten.

Betroffene Personen haben das Recht, gemäß Art. 16 DSGVO eine unverzügliche Berichtigung oder Vervollständigung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, können betroffene Personen die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18, 21 DSGVO und diesbezügliche Einschränkungen in §§ 10, 12 DSGVO NRW). Betroffene Personen haben das Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO.

8) Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Wenn ein Mitglied oder eine sonstige betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung seiner Daten gegen die DSGVO verstößt, kann gemäß Art. 77 DSGVO Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde eingelegt werden. Hierzu wendet sich die betroffene Person an die Landesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, Kavalleriestraße 2 - 4, 40213 Düsseldorf.

(Stand: Juni 2019)